

Die Machtübernahme der NSDAP in Baden – Massenverführung durch Propaganda?

Ein Unterrichtsentwurf für die S II von Sandra Herzog, Vanessa Hilss und Joachim Philipp

Thema

Die vorgestellte Stunde behandelt die nationalsozialistische Machtübernahme in der von 1918 bis 1945 bestehenden Republik Baden im Frühjahr 1933 und die damit verbundene propagandistische Inszenierung.

Bereits 1928 hatten die Versammlungstätigkeiten der badischen NSDAP stark zugenommen. Im Jahr 1927 gründete Robert Wagner, ein früher Parteigänger der Nationalsozialisten, die Gauzeitung „Der Führer“, die durch ihren hohen Stellenwert als Propagandamittel zum Zentralorgan der NSDAP in Baden wurde. Zwei Jahre später konnte die Partei mit 7% der Stimmen in den badischen Landtag einziehen. Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 erhielten die Nationalsozialisten auf Reichsebene 43,9 Prozent der Stimmen, in Baden schnitten sie mit 45 Prozent sogar noch etwas besser ab. Am 9. März 1933 übernahm Wagner als in Folge der Reichstagsbrandverordnung eingesetzter Reichskommissar die Regierungs- und damit auch die Polizeigewalt in Baden. Der Rücktritt der von der Zentrumsparterie geführten Regierung konnte somit von den Nationalsozialisten erzwungen werden. Auf Grundlage der Gleichschaltungsgesetze vom 31. März und 7. April 1933 konnte der badische Landtag gemäß dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom 5. März neu zusammengesetzt und demzufolge mit dem Reich gleichgeschaltet werden; ferner erhielt Wagner das Recht, eine neue Regierung zu ernennen. Mit der Selbstentmachtung des Landtags durch die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes im Juni 1933 war schließlich der Weg frei für die volle Machtübernahme der Nationalsozialisten auf badischer Ebene. Erste Konsequenzen dieser waren die Neubesetzung der Verwaltungsposten und die Verfolgung und „Schutzhaft“ der politischen Gegner.

Begleitet wurden diese Vorgänge ausführlich vom „Führer“; dieser propagierte auf dem Titelblatt täglich die neuesten Entwicklungen, heroisierte die NSDAP als Sprachrohr des Volkes und diffamierte ihre politischen Gegner.

Lehrplanbezug

Im Zentrum dieser regionalgeschichtlichen Stunde steht die Rolle der verschiedenen nationalsozialistischen Akteure, vor allem Wagners und der SS, aber auch des badischen Volkes im Zuge der sogenannten „Machtergreifung“. Den Schülerinnen und Schülern (SuS) soll einerseits verdeutlicht werden, dass die nationalsozialistische Herrschaft sehr stark mit Propaganda arbeitete, andererseits soll jedoch auch ein Augenmerk darauf gelegt werden, dass es bereits vor der Machtübernahme zahlreiche Anhänger der NSDAP in Baden gab, die dieser den Weg bereiteten.

Als Voraussetzung für die Stunde, für die 90 Minuten vorgesehen sind, sollten aus dem Unterricht der Mittelstufe folgende Aspekte bereits behandelt und bekannt sein: Die SuS sollten mit dem Prinzip einer Diktatur und deutschen Formen des Faschismus sowie der NS-Ideologie vertraut sein; ferner sollten vorbereitend für diese Stunde auch der Aufstieg der NSDAP und Maßnahmen zur „Gleichschaltung“ im totalitären Staat in Grundzügen bereits erlernt worden sein.

Didaktisch-Methodischer Kommentar

Die Unterrichtsstunde ist als Doppelstunde für eine Kursstufe am Gymnasium konzipiert.

In der Unterrichtsstunde sollen die SuS in erster Linie mit Primärquellen aus der Gauzeitung „Der Führer“, der Propagandaschrift des Historikers Otto Ebbecke „Die deutsche Erhebung in Baden“ sowie mit zeitgenössischen Bildquellen arbeiten. Zudem wird ein Verfassertext herangezogen, damit die Unterschiede und Widersprüche zwischen der nationalsozialistischen Propaganda und der historiographischen Beurteilung über die „Machtergreifung“ in Baden erkannt werden können. Indem als Lernform eine Stationsarbeit gewählt wird, kann gewährleistet werden, dass die SuS alle Quellen und Texte kennenlernen und deren unterschiedlichen Aussagen bewerten.

Die Leitfrage „Die Machtübernahme der NSDAP in Baden – Massenverführung durch Propaganda?“ soll zum kritischen Umgang mit Quellen und auch mit Medien anregen. Mithilfe des Vorwissens sollen die SuS am Beispiel der Ernennung Robert Wagners exemplarisch erkennen, mit welchen Propagandamitteln die Machtübernahme der NSDAP in Baden dargestellt und die Partei sowie die verschiedenen Akteure heroisiert wurden.

Kompetenzen / Lernziele

Angestrebt wird die Förderung der **Sachkompetenz** und der historischen Erkenntnisse der SuS, indem sie

- die Vorgänge um das Frühjahr 1933 historisch korrekt einordnen können.
- wesentliche Elemente von Propaganda im Nationalsozialismus benennen können.
- anhand des regionalen Beispiels die wesentlichen Elemente der nationalsozialistischen Ideologie in Bezug auf politische Machtergreifung benennen können.

Ziel ist die Entwicklung der **Reflexionskompetenz** und von fachspezifischen Kompetenzen der SuS, indem sie

- die regionale Geschichte in Baden mit dem Thema Nationalsozialismus auf reichsweiter Ebene in einen übergeordneten Zusammenhang bringen können.
- nationalsozialistische Propaganda als Instrument und Machtmittel zur Verbreitung der NS-Ideologie erläutern und beurteilen können.
- die Rolle der Propaganda für die Machtergreifung der NSDAP kritisch bewerten und anhand dessen Gründe für Akzeptanz (und Widerstand) in der Bevölkerung hinterfragen können.
- erkennen, dass heute selbstverständliche Rechte, wie die Pressefreiheit, in einer Diktatur eingeschränkt oder gar nicht gewährleistet sind.

Angestrebt wird die Förderung der **Methodenkompetenz** der SuS, indem sie

- Informationen zu bestimmten Aspekten aus vorgegebenem Material herausarbeiten und beschreiben können.
- Quellen zur Machtergreifung auf ihren Aussagewert überprüfen und unter Bezugnahme auf den historischen Kontext analysieren können.
- Quellen auf bestimmte Merkmale hin untersuchen und vergleichen und in den historischen Kontext einbetten können.
- Informationen anhand verschiedener Quellen zusammentragen, miteinander in Verbindung setzen und durch die gewonnenen Informationen einen Fragekatalog beantworten können.
- in der Lage sind, eine Textquelle ideologiekritisch zu untersuchen (bzw. propagandistische Texte zu erkennen).

Bezugspreise:

Monatlich RM. 2.10, aus Postaufschlag 2.30, aus Frachtagung für Gewerbesteuer RM. 1.50 aus täglichem Postzuschlag. Bestellungen zum Verbill. Preis können nur unsere Vertriebsstellen entgegennehmen. Best. abgesehen. Der Abnehmer erhält 7 mal wöchentlich als Postzusatzung. Bei Nichterhalten infolge höherer Gewalt, Verbot durch Staatsgewalt, bei Eideucungen oder Streiks oder dergl. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Ersatzleistung des Bezugspreises. Abbestellungen können nur bis zum 25. jeden Monats auf den Monatsheften angenommen werden.

Beilagen:

„Der Arbeiter im Reich“, „Der junge Freiwirtschaftler“, „Der deutsche Mittelstand“, „Die deutsche Frau“, „Bundschuh und Hakenkreuz“, „Der unbesiegbare Soldat“, „Wider aus deutscher Vergangenheit“, „Rasse und Volk“

Sonderblätter:

„Metzler-Mundschau“, „Kücher- und Wähler-Tage“, „Das Grünselhorn“, „Deutscher Volkswort“, „Das Gauerland“

Der Führer

Das badische  Kampfblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur

Herausgeber: Robert Wagner, M. d. L.

HAUPTORGAN DER NSDAP GAU BADEN

Anzeigenpreise:

Die gedruckte Millimeterzeile im Einzelheft 16 Pf., (Vorkauf 10 Pf.). Kleine Anzeigen und Familienanzeigen 1 mm Zeile 6 Pf. Im Zeitungsdruck die vierfache Millimeterzeile 35 Pf. Wiederholungsabgabe nach Tarif. Für d. Erscheinen d. Anzeigen an best. Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Anzeigenschluß: 12 Uhr mittags am Vorlag des Erscheinens.

Verlag:

Wagner-Verlag G.m.b.H. Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 193. Fernsprecher Nr. 7980. Postfach Nr. 2988. (Kolonien) Stadt, Sparkasse, Karlsruhe Nr. 798.

Abteilung Buchvertrieb: Postfach, Karlsruhe Nr. 2935. Geschäftsstunden von Montag u. Dienstag 8-10 Uhr.

Verkaufsstelle u. Geschäftsamt: Karlsruhe i. B.

Schiffvermittlung:

Winkler, Karlsruhe i. B., Markgrafenstr. 40. Fernsprecher 1271. Abends 12 Uhr am Montag des Erscheinens. Sprechstunden tagl. 11-13 Uhr.

Berliner Schiffvermittlung: Hans Graf, Berlin SW. 61, Rindfleischstr. 14. Fernruf: B a r w a l d (B 9) 8063.

NSDAP fordert den sofortigen Rücktritt der badischen Regierung

Gauleiter Walter Köhler hat an das Staatsministerium folgenden Brief gerichtet:

„Angesichts der politischen Situation erwarte ich den sofortigen Rücktritt der Badischen Staatsregierung und die Bildung einer neuen Badischen Regierung unter nationalsozialistischer Führung entsprechend dem Ausgang der gestrigen Reichstagswahl.“

Walter Köhler
Gauleiter und M. d. L.“

Die badische Zentrumsregierung will verhandeln

Karlsruhe, 6. März. Die badische Regierung hielt bereits am Montag vormittag eine Kabinetsitzung ab in der sie sich vor allem mit dem

Stößen von Hakenkreuzfahnen auf staatlichen Gebäuden befaßte und den telegraphischen Einspruch beim Reichskanzler und Reichsinnenminister beschloß. In den Nachmittagsstunden trat die Regierung abermals zusammen, um zu dem Brief des Gauleiters der NSDAP, in dem der Rücktritt der Regierung gefordert wird, Stellung zu nehmen.

Die badische Staatsregierung hat die Forderung der Nationalsozialisten auf sofortigen Rücktritt und Neubildung der Regierung abgelehnt. Sie verschaut sich bei ihrer Ablehnung hinter verfassungsmäßige Formalitäten. Grundätzlich ist jedoch die bisher führende badische Partei, das Zentrum, zu Verhandlungen bereit. Diese Verhandlungen werden morgen aufgenommen werden. Das Ziel der Nationalsozialisten wird sein, sofortige Neuwahl des Landtags herbeizuführen.

aus den Wohnräumen des 2. Vizepräsidenten W a l d e r (Volkspartei) die Farben des Reichsmarschalles Reiches. Ebenso hing am Montag im Plenarsaal über dem Sitz des Landtagspräsidenten ein Banner mit den Symbolen der deutschen Freiheitsbewegung. Prof. Kraft hielt darnach eine kurze abendliche Ansprache, die nach jedem Satz von brausendem Beifall unterbrochen wurde.

Eine riesige Menschenmenge hatte sich eingefunden, um dem historischen Schauspiel beizuwohnen.

Kurz vor 8 Uhr nachmittags grüßte das Hakenkreuz vom

Landestheater

herab. Mit dem Waldstrahl vor dem Verlaß des „Volkstreund“ stauten sich die Massen, so daß ein Durchkommen ausgeschlossen war. Von den Fenstern des dritten Stockwerkes herab hing hier noch die einzige Fahne des organisierten Verrats in Karlsruhe. Schwere Drahtgitter waren vor die Scheiben und Hauselgänge gelegt, um dieses sozialdemokratische Betlungsgebäude, aus dem so viel Haß und Verleumdung gegen unsere Freiheitsbewe-

gung geflossen war, vor der grenzenlosen Liebe des Volkes zu schützen.

Weit über die Kaiserstraße hinaus bis über den Brühl standen die Massen und forderten in Sprechchören die sofortige Entfernung dieser Fahne der Schande. Nur der überlegenen Besonnenheit der SA ist es zu verdanken, daß diese Zentralstelle roter Unruher nicht von der Bevölkerung gestürmt wurde. Das Gefühl für Sauberkeit mag für viele dabei ausschlaggebend gewesen sein.

Endlich um 14.35 Uhr wurde die letzte Karlsruher Marschfahne unter dem Gesang des Deutschlandliedes und dem unbefehligten Jubel der Bevölkerung eingezogen.

Ein Abschnitt in der Geschichte marxistischer Niedertracht war für Karlsruhe und damit für das gesamte badische Volk abgeschlossen.

Um so unbegreiflicher ist es, daß das badische Staatsministerium durch bewaffnete Schutzpolizei besetzt wurde, um eine Fundgebung für den Reichskanzler Adolf Hitler zu verhindern, denn etwas anderes bedeutet augenblicklich die Hissung von Hakenkreuzfahnen in Baden noch nicht. Achne.

Die amtlichen Gebäude Karlsruhes im Hakenkreuzschmuck

Die Bevölkerung fordert die Entfernung der marxistischen Korruptionsfahnen. Spontane Kundgebungen für den Reichskanzler.

Der erste Morgen nach der Wahl strahlende Sonne liegt auf den Strahlen und der frische Morgenwind und die Sonne läßt es allabendlich aufleuchten, daß die Farben mo-

Einmalige Einkalung der Hakenkreuzfahnen

Station 1:

1. Lest die Quelle des zeitgenössischen Historikers Otto Ebbecke über „Die deutsche Erhebung in Baden“.
2. Arbeitet heraus, wie die NSDAP und insbesondere Wagner, das badische Volk und die anderen Parteien dargestellt werden.
3. Beurteilt, welche Haltung Otto Ebbecke einnimmt und inwiefern er als objektiv zu betrachten ist.

Der Historiker Otto Ebbecke über die Reichstagswahlen vom 5. März 1933:

Die Neuwahlen waren auf den 5. März 1933 angesetzt worden; alle politischen Parteien hatten innerhalb der kurzen Wahlperiode eine ungeheure Aktivität entfaltet. Am Vorabend des Wahlsonntags wurden von den Anhängern der Regierungsparteien im ganzen Reich große Fackelzüge veranstaltet.

Auch in der badischen Landeshauptstadt fand eine Kundgebung statt, an der die Bevölkerung von Karlsruhe und Umgebung in einem Ausmaß teilnahm, wie dies selbst vor dem Weltkrieg bei ähnlichen Volkskundgebungen nie der Fall war.

Der Wahlsonntag verlief verhältnismäßig ruhig. Die Wahlbeteiligung war sehr rege; in einzelnen Orten belief sie sich auf nahezu 100 Prozent, während der Durchschnitt in Baden 86 Prozent betrug.

Die Wahl vom 5. März war nicht irgendeine beliebige Wahl, sondern das deutsche Volk hatte an diesem Tag sein Schicksal in der Tat selbst in die Hand genommen und es gewendet; an jenem Sonntag brach in ungeheurer Wucht der Strom der alten deutschen Kraft hervor und erzwang den größten politischen Sieg, der je auf deutschem Boden erstritten wurde. Das Ergebnis der Reichs-

tagswahlen des 5. März bedeutete den Anbruch eines neuen Deutschland; rund 52 Prozent aller abgegebenen Stimmen hatten sich für die Reichsregierung Hitler entschieden. Der neue Reichstag zählte nun einschließlich der Kommunisten 647 Sitze, wovon allein auf die Nationalsozialisten 288 und die Gruppe Schwarz-Weiß-Rot 52 entfielen; mit diesen 340 Mandaten war der Weg freigemacht für das große Werk des nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstiegs unseres Volkes.

In Baden hatten insgesamt 1382623 Personen abgestimmt; davon entfielen auf die Nationalsozialisten 627276 und die Gruppe Schwarz-Weiß-Rot 50357. Da der deutschbewusste Teil der Wähler sich sträubte, den Kommunisten noch weiterhin Zutritt zu den deutschen Parlamenten zu gestatten, war auch in Baden der nationalsozialistische Sieg überwältigend.

Mit Rücksicht darauf hat der stellv. badische Gauleiter, Walter Köhler, an das badische Staatsministerium am 6. März 1933 folgenden Brief gerichtet:

„Angesichts der politischen Situation erwarte ich den sofortigen Rücktritt der Badischen Staatsregierung und die Bildung einer neuen Badischen Regierung unter nationalsozialistischer Führung entsprechend dem Ausgang der gestrigen Reichstagswahl.“

Walter Köhler
Gauleiter und M. d. L.“

Otto Ebbecke über die Einsetzung Wagners:

Am 11. März 1933 übernahm Reichskommissar Wagner dann die gesamte Regierungsgewalt und erließ dabei folgenden Aufruf:

„An das badische Volk!

Durch die Übernahme der Polizeigewalt am 9. und 10. März d. J. hatte sich zusehends eine Beruhigung der öffentlichen Meinung und der Massen des Volkes bemerkbar gemacht. Das wurde mit dem Augenblick anders, als die Regierung am 10. März mittags, ihren Rücktritt erklärte. Die durch den Ausgang der Wahl vom 5. März heraufgeführten Spannungen traten dadurch in noch stärkere Erscheinung. Insbesondere ergaben sich gefährliche Meinungsverschiedenheiten zwischen örtlichen Polizeistellen und den Verbänden der nationalen Erhebung.

Der in der Wahl vom 5. März zum Ausdruck gekommene Volkswille drohte sich über die Polizeigewalt hinweg in den Besitz der gesamten Macht zu setzen. Hinzu kam eine Anmenge unkontrollierbarer Gerüchte, die das Land durchheilten und die staatliche Ordnung noch mehr gefährden mußten.

Ich habe mich deshalb veranlaßt gesehen, im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit des Landes

die gesamte Regierungsgewalt in Baden auf Grund der mir von der Reichsregierung übertragenen Befugnisse zu übernehmen.

Die Amtsobliegenheiten des badischen Staatspräsidenten und Justizministers Dr. Schmitt, des badischen Ministers des Innern, Dr. Umhauer, des badischen Ministers des Kultus und Unterrichts, Dr. Baumgartner, und des badischen Finanzministers Dr. Mattes, sind in meine Hand übergegangen. Die Befugnisse des Staatspräsidenten und des Innenministers werden von mir selbst ausgeübt.

Otto Ebbecke über die personellen Veränderungen:

Im Verlauf der Woche hatte der Reichskommissar für Baden, Robert Wagner, zusammen mit seinen Mitarbeitern sehr durchgreifende Personaländerungen innerhalb von Regierung und Polizei vorgenommen. Eine ganze Reihe von Personen, die sich in besonderem Maße den Anwillen der Bevölkerung zugezogen hatten, mußte in Schutzhaft genommen werden. Ferner wurden viele Vertreter des alten Systems im Interesse einer geordneten und einheitlichen Staatsführung von ihren Ämtern entfernt und durch geeignete Männer ersetzt. Hierbei blieben auch die Gemeindeverwaltungen nicht ausgeschlossen sowie kulturell wichtige Institute, die unter der obersten Leitung des Staats stehen.

Oggleich bei der Durchführung der gesamten Umwälzung von seiten der Mitglieder der NSDAP. strengste Disziplin gewahrt worden war, ging es auch in Baden nicht ganz ohne blutige Opfer ab. In Freiburg i. Br. wurden zwei pflichttreue Polizeibeamten in der Ausübung ihres Dienstes durch einen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten erschossen. Diese ruchlose Mordtat, die beareiflicherweise ungeheure Erregung hervorrief, veranlaßte den Reichskommissar in Baden zu außerordentlichen Maßnahmen gegen die marxistischen Parteien.

Die Beisetzung der beiden Opfer erfolgte in Freiburg i. Br. unter Anteilnahme der gesamten Bevölkerung, im Beisein der Mitglieder der Staatsregierung.

Am 17. März 1933 fand in Karlsruhe im Badischen Landestheater zu Ehren des Antritts der neuen badischen Regierung ein außerordentlicher Festakt statt. Diese Veranstaltung war gleichzeitig eine nationale Rundgebung für deutsche Kunst und deutsche Kultur. Finanzminister Walter Köhler, der am selben Tag auch zum Stellvertreter des Reichskommissars für Baden ernannt worden war, hielt die Festrede; seine Ausführungen fanden begeisterten Widerhall, und spontan erhoben sich alle Anwesenden, um das Horst-Wessel-Lied anzustimmen.

Otto Ebbecke über den Boykott der jüdischen Geschäfte:

Während im ganzen deutschen Vaterland der deutschbewußte Teil der Bevölkerung in machtvollen Rundgebungen seiner Freude über den Sieg der nationalen Revolution sichtbaren Ausdruck gab, versuchten marxistische Kreise, und vor allem das Judentum selbst, vermittelt internationaler Beziehungen im Ausland eine wüste Hetzpropaganda gegen Deutschland zu entfalten.

Der jüdisch-internationale Haßfeldzug gegen das nationale Deutschland war so maßlos, daß sich die NSDAP. zu den schärfsten Abwehrmaßnahmen veranlaßt sah.

So wurde für den 1. April, vormittags Punkt 10 Uhr, der Beginn eines umfassenden Boykotts aller jüdischen Geschäfte und aller im freien Beruf tätigen Juden angekündigt. Ferner wurde die Forderung erhoben, dem Judentum in Deutschland an den Hochschulen, in den Berufen der Rechtsanwälte und der Ärzte nur die Quote zuzubilligen, die sie in der Gesamtzahl der Einwohnerschaft Deutschlands ausmacht.

Der Boykott wurde von den Mitgliedern der NSDAP. mit eifernster Disziplin und ohne jede Gesetzesverletzung durchgeführt; niemand wurde bei diesem Boykott, der zunächst nur einen Tag dauerte, tätlich bedroht. Alsdann trat eine Boykott-pause bis Mittwoch, den 5. April, vormittags 10 Uhr, ein, um dem internationalen Judentum Gelegenheit zu geben, die Auslandsheze einzustellen.

Die Abwehrmaßnahmen der NSDAP. hatten einen vollen Erfolg, so daß der Boykott am 5. April nicht mehr aufgenommen zu werden brauchte.

Quelle: *EBBECKE, Otto, Die Deutsche Erhebung in Baden, Karlsruhe 1933, S. 5f., 12, 22f., 27.*

Station 2:

1. Betrachtet die einzelnen Bilder aus Otto Ebbeckes „Die deutsche Erhebung in Baden“.
2. Beschreibt, wie die NSDAP und insbesondere Wagner, die SA und SS sowie das badische Volk dargestellt werden.
3. Diskutiert, inwiefern diese Bilder Aufschluss über die Haltung gegenüber der NSDAP in Baden geben können.



Vor dem Wahltag fährt die Polizei in Panzerwagen zur Beruhigung der Bevölkerung durch die Stadt Karlsruhe . . .

Atelier Bauer, Karlsruhe



Die Flaggenhissung am Rathaus in Schwetzingen (10. März)

Foto: E. Hettenbach



Während SA und SS bei der Übernahme der Polizeigewalt die Absperrungen am Ministerium durchführen...



— und die SS aufmarschiert —

Atelier Bauer, Karlsruhe

... versammelt sich auf dem Schloßplatz eine ungeheure Menge (9. März)

Leica-Aufnahme
Foto-Glock, Karlsruhe





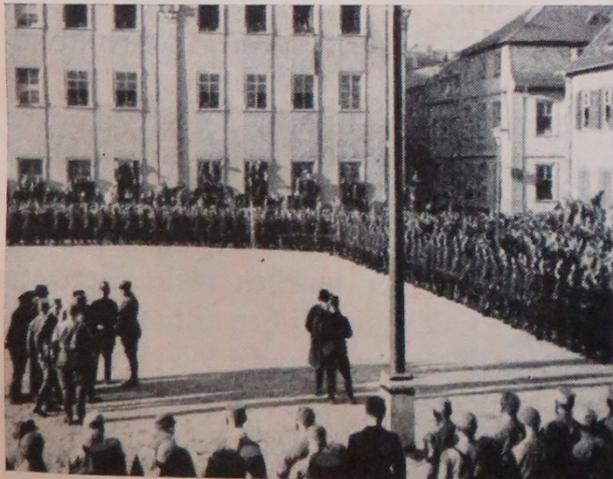
Reichskommissar Robert Wagner u. stellv. Gauleiter Köhler auf dem Weg zum Ministerium des Innern, Karlsruhe am 9. März 1933

Foto: Julius Manias & Cie.

... am Ministerium wird die Hakenkreuzfahne gehißt

Foto: Dr. Haufler, Pforzheim





Zur Begrüßung des Reichskommissars Robert Wagner haben sich in Heidelberg die Polizei, SA, SS und Stahlhelm auf dem Universitätsplatz aufgestellt. Foto: Bruckert

Quelle: EBBECKE, Otto, *Die Deutsche Erhebung in Baden, Karlsruhe 1933*, S. 5, 8f., 21., 25.

Station 3:

1. Lest die verschiedenen Zeitungsartikel aus „Der Führer“ über die politischen Vorgänge im Frühjahr 1933 in Baden.
2. Beschreibt, wie die NSDAP und insbesondere Wagner, das badische Volk und die anderen Parteien dargestellt werden.
3. Bewertet, inwiefern die vorliegenden Artikel als historische Quelle verwendet werden können.

Bezugspreise:

Monatlich RM. 2.10, aus Postauftraggebühren od. Krügergeld für Gewerbeste RM. 1.50 zu täglichem Bestellgeld. Bestellungen zum Verbill. Preis können nur unsere Vertriebsstellen entgegennehmen. Bestill. außersch. Der Führer erscheint 7 mal wöchentlich als Wochenzeitung. Bei Nichterhalten infolge höherer Gewalt, Verbot durch Staatsgewalt, bei Eideucungen oder Streiks oder dergl. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. Abbestellungen können nur bis zum 25. jeden Monats auf den Monatsbriefen angenommen werden.

Beilagen:

„Der Arbeiter im Reich“, „Der junge Freiwirtschaftler“, „Der deutsche Mittelstand“, „Die deutsche Frau“, „Bundschuh und Hakenkreuz“, „Der unbesiegbare Soldat“, „Wider aus deutscher Vergangenheit“, „Rasse und Volk“

Sonderblätter:

„Metzler-Rundschau“, „Kücher- und Wähler-Tage“, „Das Grünselhorn“, „Deutscher Volkswort“, „Das Gauerland“

Der Führer

Das badische  Kampfblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur

Herausgeber: Robert Wagner, M. d. L.

HAUPTORGAN DER NSDAP GAU BADEN

Anzeigenpreise:

Die gedruckte Millimeterzeile im Einzelheft 16 Pf., (Vorkauf 10 Pf.). Kleine Anzeigen und Familienanzeigen 1 mm Zeile 6 Pf. Im Zeitheft: die viererwertige Millimeterzeile 35 Pf. Wiederholungsabgabe nach Tarif. Für d. Erscheinen d. Anzeigen an best. Tagen u. Plätzen wird keine Gebühr erhoben. Anzeigenschluß: 12 Uhr mittags am Vorlag des Erscheinens.

Verlag:

Höhrer-Verlag G.m.b.H. Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 193. Fernsprecher Nr. 7930. Postfach 101; Karlsruhe Nr. 9989. (Kolonien) Stadt, Sparkasse, Karlsruhe Nr. 768.

Abteilung Buchvertrieb: Postfach, Karlsruhe Nr. 2036. Geschäftsstunden von Montag u. Dienstag 8-10 Uhr.

Verkaufsstelle u. Verlagsbüro: Karlsruhe i. B.

Schiffahrt:

Winkler, Karlsruhe i. B., Bad. Markgrafstr. 40. Fernsprecher 1271. Abholungsst. 12 Uhr am Montag des Erscheinens. Sprechstunden tagl. 11-13 Uhr.

Berliner Schiffverlag: Hans Graf, Berlin SW. 61, Ritterstr. 14. Fernruf: B a r w a l d (B 9) 8063.

NSDAP. fordert den sofortigen Rücktritt der badischen Regierung

Gauleiter Walter Köhler hat an das Staatsministerium folgenden Brief gerichtet:

„Angesichts der politischen Situation erwarte ich den sofortigen Rücktritt der Badischen Staatsregierung und die Bildung einer neuen Badischen Regierung unter nationalsozialistischer Führung entsprechend dem Ausgang der gestrigen Reichstagswahl.“

Walter Köhler
Gauleiter und M. d. L.“

Die badische Zentrumsregierung will verhandeln

Karlsruhe, 6. März. Die badische Regierung hielt bereits am Montag vormittag eine Kabinetsitzung ab in der sie sich vor allem mit dem

Stößen von Hakenkreuzfahnen auf staatlichen Gebäuden befahte und den telegraphischen Einspruch beim Reichskanzler und Reichsinnenminister beschloß. In den Nachmittagsstunden trat die Regierung abermals zusammen, um zu dem Brief des Gauleiters der NSDAP, in dem der Rücktritt der Regierung gefordert wird, Stellung zu nehmen.

Die badische Staatsregierung hat die Forderung der Nationalsozialisten auf sofortigen Rücktritt und Neubildung der Regierung abgelehnt. Sie verschaut sich bei ihrer Ablehnung hinter verfassungsmäßige Formalitäten. Grundätzlich ist jedoch die bisher führende badische Partei, das Zentrum, zu Verhandlungen bereit. Diese Verhandlungen werden morgen aufgenommen werden. Das Ziel der Nationalsozialisten wird sein, sofortige Neuwahl des Landtags herbeizuführen.

aus den Wohnräumen des 2. Vizepräsidenten W a l d e r (Volkspartei) die Farben des Reichsmarschalles Reiches. Ebenso hing am Montag im Plenarsaal über dem Sitz des Landtagspräsidenten ein Banner mit den Symbolen der deutschen Freiheitsbewegung. Prof. Kraft hielt darnach eine kurze abendliche Ansprache, die nach jedem Satz von brausendem Beifall unterbrochen wurde.

Eine riesige Menschenmenge hatte sich eingefunden, um dem historischen Schauspiel beizuwohnen.

Kurz vor 8 Uhr nachmittags grüßte das Hakenkreuz vom

Landestheater

herab. Mit dem Waldstrafe vor dem Verlaß des „Volkstreund“ stauten sich die Massen, so daß ein Durchkommen ausgeschlossen war. Von den Fenstern des dritten Stockwerkes herab hing hier noch die einzige Fahne des organisierten Verrats in Karlsruhe. Schwere Drahtgitter waren vor die Scheiben und Hauselgänge gelegt, um dieses sozialdemokratische Betrugsgebäude, aus dem so viel Haß und Verleumdung gegen unsere Freiheitsbewe-

gung geflossen war, vor der grenzenlosen Liebe des Volkes zu schützen.

Weit über die Kaiserstraße hinaus bis über den Brühl standen die Massen und forderten in Sprechröhren die sofortige Entfernung dieser Fahne der Schande. Nur der überlegenen Besonnenheit der SA ist es zu verdanken, daß diese Zentralstelle roter Unruher nicht von der Bevölkerung gestürmt wurde. Das Gefühl für Sauberkeit mag für viele dabei ausschlaggebend gewesen sein.

Endlich um 14.35 Uhr wurde die letzte Karlsruher Marschfahne unter dem Gesang des Deutschlandliedes und dem unbeschreiblichen Jubel der Bevölkerung eingezogen.

Ein Abschnitt in der Geschichte marxistischer Niedertracht war für Karlsruhe und damit für das gesamte badische Volk abgeschlossen.

Um so unbegreiflicher ist es, daß das badische Staatsministerium durch bewaffnete Schutzpolizei besetzt wurde, um eine Fundgebung für den Reichskanzler Adolf Hitler zu verhindern, denn etwas anderes bedeutet augenblicklich die Hissung von Hakenkreuzfahnen in Baden noch nicht. Achne.

Die amtlichen Gebäude Karlsruhes im Hakenkreuzschmuck

Die Bevölkerung fordert die Entfernung der marxistischen Korruptionsfahnen. Spontane Kundgebungen für den Reichskanzler.

Der erste Morgen nach der Wahl strahlende Sonne liegt auf den Strahlen und der frische Morgenwind und die Sonne läßt es allabendlich aufleuchten, daß die Farben mo-

Einmalige Einkalung der Hakenkreuzfahnen

wolter traten an. Hunderte keßten in dieser stürzlichen Stunde, denn sie konnten ihre Arbeitsplätze nicht verlassen. In, sie hatten zum großen Teil noch nicht einmal etwas von diesen Vorgängen erfahren.

Rommundos erlösten. Die Standardie traf ein. Der Oberführer von Baden schritt die Fronten ab.

3 000 Mann SA. und SS.

waren innerhalb einer Stunde durch Alarmbefehl anwesender, angetreten. Auch die Fahnen der NSD. flatterten.

Ebenso rasch war die gesamte Organisation des Aufmarsches und der Mundstückertragung vor sich gegangen. Die Rebellentungrn mußten innerhalb einer ganz kurzen Zeit

gelegt werden. Der Stützpunkt mußte eine Verflechtung des Programms vornehmen. Das alles klappte mit gewohnter Pünktlichkeit, obwohl die Leitung nur in wenigen Händen lag. Um drei Uhr legten sich die Formationen zum Marsch nach dem Innenministerium in Bewegung. Die SA. und SS. Schirme waren zum Teil mit Karabinern und Pistolen bewaffnet. Unsere braunen Kämpfer wurden auf den Straßen von den Volksgenossen jubelnd begrüßt. Überall haben sich die Arme zum Gruß in die Höhe. Jubel und Lachen erkünte. Die Bevölkerung schien wie von einem Akt befreit. Baden war nationalsozialistisch geworden. Baden hatte einen Reichskommissar, wie er dem Willen des Volkes entsprach. Gauleiter Wagner hatte bereits Verhandlungen mit den einzelnen Persönlichkeiten eingeleitet.

Amtsübergabe an den Reichskommissar Gauleiter Wagner

Auf dem Schloßplatz stateten die Menschenmassen. Kopf an Kopf stand die Bevölkerung und nur mit großer Mühe gelang es unserer SA. und SS. ihre Speerfesten aufrecht zu erhalten. Die Stürme marschierten in einer Front vor dem Innenministerium auf. Sie hielt die Eingänge zum Regierungsgebäude besetzt. Freil lag die kräftige Frühlingssonne über dem Schloßgarten und zeichnete helle Lichter in die übermächtigen Gesichter unserer SA.-Kameraden. Die roten Banner tauchten im hellen Wind und leuchteten über die Köpfe der Tausende.

Sofort nach seinem Eintreffen an der Spitze der SA. war Reichskommissar Wagner unter den Klängen des Präsentiermarsches in das Ministerium geeilt, wo ihn der Minister des Innern im Kreise seiner nächsten Mitarbeiter erwartete.

Draußen standen stumm die Menschenmassen, als der Hauptstrahl des Führers, Dr. Wagner, den Stimmungsbericht an die Höre des Stützpunkts durchgab.

Die Sakretreuzflagge erscheint

Punkt halb 4 Uhr wurde unter dem brandenden Beifall der 50 000 am Innenministerium die Sakretreuzflagge gehißt. Darauf hielt der stellv. Gauleiter Walter Adler über den Stützpunkt, an der badischen Bevölkerung eine Ansprache.

Wir haben eine Revolution von gewaltigsten Ausmaßen am 5. März erlebt. Ein Zeichen für die Stärke unserer Bewegung ist, daß sie sich nicht vollzog in den Niederlagen des Kampfes um die Macht von 1918

Der Reichskommissar

An das badische Volk!

Wierzehn Jahre großer Not und drückender Schmach liegen hinter uns. Nun ist auch für Baden die Stunde gekommen, die eine letzte Auseinandersetzung mit jeder Selbstverleugung bringen muß, die unser Volk in inneren Unfrieden und ins Ende geführt hat. Von der Reichsregierung dazu beantragt, die gesamten Beschlüsse der obersten badischen Landesbehörden für die Aufrechterhaltung bzw. Weiterherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit an übernehmen, wende ich mich mit meiner ersten Amtshandlung an das ganze badische Volk und erbitte seine Mithilfe im Kampf gegen die Elemente des Verfalls und der Zerschürung. Der Wiederanstieg Deutschlands, den die deutsche Freiheitsbewegung, an der Spitze der Reichsregierung Adolf Hitler, erstrebt, ist nur möglich, wenn die Ursachen und Urheber unseres gemeinsamen Unglücks von der deuts-

lichen Schicksalsgestaltung für immer ausgeschaltet werden. Dies mit der Hilfe aller freibehaltenden und erneuerungswilligen Kreise auch für Baden zu erreichen, ist mein unbedingtes und unabhängiges Ziel. Ich werde mich dabei stets von dem Grundgesetz leiten lassen: den ausbauwilligen Kräften die ganzen Segnungen der gesetzlichen Ordnung, den Führern die ganze Schärfe dieser Ordnung.

Brandender Beifall verfiel die letzten Sätze des Aufrufs an das badische Volk. Jubel klang auf, über die beherztste Kraft, die aus den wenigen Worten spricht, und die einen unbedingten zielklaren Willen verraten.

Eine kurze Zeit, bis der Beifallssturm veranlaßt ist, und Walter Adler antwortet, bis er mit der Bekundung des zweiten Aufrufs beginnen kann.

Hörden aber, die aus Bewußtseinsgründen nicht folgen zu können glauben, fordern sie auf, umgehend um ihre Verurteilung und Entlassung einzukommen, da ich es nicht dulden kann, daß Beamte gegen ihre innere Überzeugung dem Staate dienen. Die Einheit des Willens und der Gesinnung aller ist notwendig, wenn wir verhindern wollen, daß Deutschland an seinem harten Schicksal verbricht. Robert Wagner.

Im Anschluß an diesen Aufruf gab der Gauleiter Köpfer die Änderungen in der badischen Polizeileitung bekannt. Es wurden eine Reihe von Männern entlassen, denen wir eine Unmenge unwilliger Schritte und Beschlüssen verdanken, und zu denen der nationale Teil unseres badischen Volkes längst kein Vertrauen mehr haben konnte.

Erste Maßnahmen des badischen Reichskommissars

Einschneidende Änderungen in der Polizeileitung - Oberführer Rudin Polizeipräsident von Karlsruhe

Beurlaubt wird Polizeipräsident Gause, zugleich stellv. Referent für das Polizeiwesen im Ministerium d. Innern. An seine Stelle tritt im Ministerium der Mannheimer Polizeipräsident Waber, der in Mannheim durch Regierungsrat Müller ersetzt wird.

Zum Polizeipräsidenten von Karlsruhe ist Oberführer Rudin ernannt worden. Polizeidirektor Hühnschütz in Heidelberg wird durch Regierungsrat Gunglberger ersetzt und Polizeidirektor Pfister in Pforzheim durch Regierungsrat Helm in Mannheim. Hühnschütz und Pfister werden beurlaubt.

Der bisherige Oberst Wankenhorn und Oberleutnant Jung, die Kommandeure der badischen Polizei bezw. Gendarmerie wurden beurlaubt. Beide Stellen wurden in der Hand des Polizeimajors Batorod vereinigt. Polizeioberleutnant Pfanner wurde zum Personalreferenten des gesamten Polizei- und Gendarmeriewesens im Polizeipräsidium ernannt.

Die Bevölkerung unseres Grenzlandes wird dem neuen Reichskommissar für diese Veränderung von Herzen dankbar sein. Dies beweisen der minutenlange übermächtige Begeisterungsruf, der unserem Gauleiter Robert Wagner entgegenklingte, als er an einem Fenster des Ministeriums, vor dem Mikrophon erschien.

Reichskommissar Wagner spricht

Vergleichen wir die Revolution von 1918 und die Revolution von heute. Damals stand hier eine disziplinlose Horde von Hoch- und Väterlandverrättern und heute ist hier vor dem Innenministerium eine Formation der Kraft, der Ordnung und der Sanftmütigkeit, die mit eiserner Faust die Macht übernehmen wird. Wir wollen in dieser Stunde derer gedenken, die in dem erbitterten Kampf um die Freiheit unseres Volkes gefallen sind. Wir wollen das Andenken der Wärtner unseres Volkes stets hochhalten. 50 000 Kämpfer entzündeten sich, 50 000 Arme hoben sich.

Erschütterliches Schweigen lag für Augenblicke über den riesigen Menschenmassen, als Reichskommissar Wagner weiter sprach.

Ich möchte keinerlei Zweifel darüber lassen, daß ich gewillt bin, meine Aufgabe unter Einsatz meines Lebens und meiner Gesundheit zu erfüllen, und bin entschlossen die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Lande Baden mit allen, mir zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten.

Ich werde mich in dieser Absicht durch nichts und niemand behindern lassen. Wir werden Baden auf jene politische Höhe bringen, die der gesamtpolitischen Lage des Reiches unter Führung des Kabinetts Hitler entspricht.

Hinter mich steht nicht nur ein Volk und Kampf gestärkte SA. und SS., sondern auch eine gekämpfte Polizei.

Die deutsche Revolution ist eine Revolution des Geistes, der Gesinnung und der

Disziplin. Ich bitte sie mit mir an die Arbeit zu gehen, damit unserem Volke die innere Einheit gegeben wird, die unser Volk wieder zur Höhe bringen wird.

Mit einem begeistert ausgenommenen Heil auf unser Volk und den Angler des deutschen Reiches schloß er seine kurzen Ausführungen ab.

Aus den Menschenmassen wuchs das Deutschlandheil und brühte brandend über den Schloßplatz nach der Innenstadt. Tausend und aberntausend Hände hoben sich zum Gebetsnis des unermüdbaren Kampfes. Aberntausend Menschen dankten dem Reichskommissar, daß er in dieser Ecke des Reiches endlich Schlus gemacht hat mit einer Regierung, die dem Willen des Volkes geradezu entgegensteht. Tausende sangen das Lied des unbekanntem SA.-Mannes, das alle Standesunterschiede auslöscht, vor dem tiefen Erlebnis des Kampfes um die reinere Gesinnung, um die deutsche Ehre.

Oberführer von Baden, Polizeipräsident Rudin spricht zu seinen SA.-Kameraden

Geht auf der Spitze empfangen den beliebtesten Führer und bewies, daß er mit dem letzten seiner Kameraden verbunden ist. Da die Zeit der Mundstückertragung nur begrenzt war, sprach er nur wenige Worte:

SA.-Kameraden, als mir heute morgen der Reichskommissar den Posten eines Polizeipräsidenten anbot, nahm ich an mit dem Vorbedacht, daß ich meine SA. nicht verlassen muß.

Nur eurem Glauben, eurem Willen, eurer Stärke

ist es zuzuerkennen, wenn unser Führer nun endlich durchführbar kann, was zum Wohle unseres Volkes unbedingt nötig ist. Ihr habt erreicht, wofür unsere Kameraden versüßet und gestorben sind. Kameraden von der SA. und der Polizei, wir wollen uns vereint einsehen für ein freies Deutschland, das uns allen wieder Brot und Arbeit geben wird!

Jubelnder Beifall schallte dem neuen Karlsruher Polizeipräsidenten entgegen, der in der Landeshauptstadt mit eiserner Faust für Ruhe und Ordnung sorgen wird.

Die Amtsübergabe an den badischen Reichskommissar im Innenministerium ist zu Ende. Immer wieder brachen die Heulrufe der Menschenmassen über die Dächer, die bis weit in die Straßen hinein klangen. Die Stürme formierten sich zu einem kurzen Marsch durch die Stadt. Die Trommeln rollten und dröhnten zum Sieg, die uns so oft von Kampf zu Kampf geführt haben, und die so oft dumpf widerbeeten, wenn wir einen unserer jungen Kameraden zu Grabe trugen.

Wir wollen es nie vergessen. H. G. u.

General von Epp Generalstaatskommissar von Bayern

× München, 9. März. Der Reichstagsabgeordnete, General Ritter von Epp, ist zum Generalstaatskommissar von Bayern bestellt worden.

Franz Ritter von Epp × Berlin, 9. März. Der Generalstaatskommissar für Bayern, Franz Ritter von Epp, wurde am 10. Oktober 1908 in München geboren. Er schlug die militärische Laufbahn ein. gehörte 1900 der ostafrikanischen Expedition an, übernahm 1904 bei der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika eine Kompanie und machte den Herero-Vottenloiten-Krieg mit. Während des Krieges war er Kommandeur des bayerischen Infanterie-Regiments und erhielt als solcher den militärischen Max Josephs-Orden mit dem damit verbundenen persönlichen Adel. 1919 befreite er mit den von ihm aufgestellten freiwilligen Truppen München von der Räteregierung. Später wurde er in die Reichswehr als Infanterielehrer VII übernommen und 1928 wegen Erreichung der Altersgrenze verabschiedet. Ursprünglich Mitglied der Bayerischen Volkspartei, ließ sich Epp bei den Reichstagswahlen 1928 für die NSDAP. aufstellen und zog am 20. Mai 1928 in den Reichstag ein.

Die Bestellung eines Reichskommissars für das Land Baden wurde der badischen Regierung mit folgendem Telegramm aus Berlin vom 8. März mitgeteilt: „Da nach Umgestaltung politischer Verhältnisse in Deutschland Aufrechterhaltung öffentlicher Sicherheit und Ordnung in Baden unter fehlender Landesregierung nicht mehr gewährleistet, übernehme für Reichsregierung gemäß § 2 Verordnung zum Schutze von Volk und Staat Verwalter oberster Landesbehörden soweit zur Erhaltung öffentlicher Sicherheit und Ordnung notwendig und übertrage Wahrnehmung dieser Verwalter badischem Landtagsabgeordneten Robert Wagner in Karlsruhe. Erlaube diesem sofort Verhältnisse an übergeben. Drahtnachricht von Ubergabe eröten. Reichsminister Fried.“

Die badische Regierung hat darauf an den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichsminister folgende gleichlautende Telegramme geschickt: „Gegen die Ernennung eines Reichskommissars für Baden im Lande Baden legen wir feierliche Nachsorge ein. Nach unserer Auffassung sind die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen des § 2 der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1938 für das Land Baden nicht gegeben.“

Das Staatsministerium hat gleichgültig beschloßen, Klage beim Staatsgerichtshof zu erheben.

Der Reichskommissar

An die Polizei, Gendarmerie- und sonstigen Beamten des öffentlichen Sicherheitsdienstes!

Durch das Vertrauen der Regierung der nationalen Erhebung auf die Stelle eines Reichskommissars für die Polizeigericht in Baden berufen, bin ich entschlossen, anferm Gelobnisland unter Einsatz meiner ganzen Kraft jene innere Verfassung und äußere Ordnung zu geben, die mir für den Wiederanstieg unseres badischen Volkes im Sinne der Reichsregierung Adolf Hitlers unerlässlich erscheinen. Ich verlaße mich dabei auch auf Ihre ganze Hingabe an Volk, Heimat und Staat und rufe Sie auf, mich mit Opferbereitschaft, treu und aufrichtig Ihre Pflicht zu erfüllen. Dann werden Sie in, wie nicht nur einen gerechten Führer und Vorgesetzten, sondern auch einen immer zuverlässigen Kameraden finden, der sich schuldig vor Sie stellt, die jenigen Beamten der mit unterstellten Be-

Klage! Klage!

Die badische Polizeileitung Schmitt protestiert

Karlsruhe, 9. März. Von der Pressestelle des Staatsministeriums, die immer noch von dem bekannten Marxistischen Weismann geleitet wird, wird mitgeteilt:

Station 4:

1. Lest den Verfassertext über die politische Gleichschaltung in Baden und Karlsruhe.
2. Fasst zusammen, wie die Gleichschaltung sich rechtlich vollziehen konnte.
3. Nehmt Stellung, inwiefern man im Fall Badens von einer „Machtergreifung“ sprechen kann.

Die „Gleichschaltung“ in Baden und Karlsruhe

Kurz nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und damit verbunden der Auflösung des Reichstags erließ Hindenburg am 4. Februar die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes“. Damit war eine erste Grundlage für Repressionsmaßnahmen gegen die Opposition geschaffen. Besonders im Bereich der Versammlungs- und Pressefreiheit gab es Eingriffe. Bis zum 28. Februar wurden in Baden 16 Verbote gegen nichtnationalsozialistische Zeitungen verhängt, darunter unter anderem der „Badische Beobachter“ (Zentrum) und der „Volksfreund“ (SPD). Das aggressive Vorgehen der NSDAP wurde nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ noch gestärkt, denn sie ermöglichte es nicht nur, gegen die KPD vorzugehen, sondern auch, die übrigen Parteien in ihrer Handlungsfreiheit einzuschränken.

Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 verfehlte die NSDAP die angestrebte absolute Mehrheit der Stimmen deutlich; in Karlsruhe schnitt sie mit 45 Prozent der Wählerstimmen etwas besser ab als im Reichsdurchschnitt, der bei 43,9 Prozent lag. Otto Ebbecke, Verfasser der NS-Propagandaschrift „Die deutsche Erhebung in Baden“ interpretierte den Sieg folgendermaßen: „Da der deutschbewußte Teil der Wähler sich sträubte, den Kommunisten noch weiterhin Zutritt zu den deutschen Parlamenten zu gestatten, war auch in Baden der nationalsozialistische Sieg überwältigend.“ Am 6. März forderte Gauleiter Köhler ultimativ den Rücktritt der badischen Regierung. Eine Reaktion der Regierung erübrigte sich jedoch, da am 9. März Robert Wagner aufgrund der „Reichstagsbrandverordnung“ als Reichskommissar mit den Geschäften der badischen Regierung betraut wurde.

[...]

Die badische Regierung konnte sich dem stetigen Druck nun nicht mehr entziehen und trat am 11. März zurück. In der Folge wurden nun ungefähr 50 Kommissare in staatlichen und kommunalen Bereichen eingesetzt, denen es ab dem 4. April erlaubt war, alle Akten einzusehen und an den Sitzungen der Ausschüsse

sowie an den Bürgermeisterbesprechungen teilzunehmen. Die Aufgabe der Kommissare war es weiterhin, jüdische Beschäftigte im staatlichen Dienst ausfindig zu machen.

[...]

Im Zuge der Gleichschaltung beschloss der Stadtrat, dass allen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern die Zugehörigkeit zur SPD und KPD sowie jegliche Betätigung in deren Sinne verboten war. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April sorgte in Karlsruhe für eine politische Säuberung der Beamten. Durch das „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März und das „Zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 7. April konnten die Nationalsozialisten die Landtage und Gemeindeparlamente umbilden. Wie im ganzen Land wurde der Gauleiter Reichsstatthalter, und dieser hatte dafür zu sorgen, dass die „vom Kanzler aufgestellten Richtlinien der Politik“ eingehalten wurden.

Die Auswirkungen der Gleichschaltungsgesetze auf die parlamentarischen Vertretungen waren gravierend: Wie alle Landesparlamente wurde auch der badische Landtag aufgelöst und nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März neu zusammengesetzt. Da die kommunistischen Abgeordneten an der Wahrnehmung ihrer Mandate gehindert wurden, fiel der NSDAP im Karlsruher Ständehaus, in dem sie bislang mit nur acht Abgeordneten vertreten war, nun mit 30 Sitzen sogar die knappe absolute Mehrheit zu; sie war also nicht einmal mehr auf die Unterstützung der Deutschnationalen angewiesen, die im Reich noch die Koalitionspartei bildeten. Die Gleichschaltungsgesetze führten nicht nur zu einer personellen Umbesetzung des Landtags, sondern schränkten auch seine Funktionen erheblich ein, indem er fortan auf die Zusammensetzung der Regierung, die vom Reichsstatthalter eingesetzt wurde, keinen Einfluss mehr hatte. Auch seine Kompetenzen in der Gesetzgebung verlor der Landtag, als er analog zur Entwicklung auf Reichsebene ebenfalls ein Ermächtigungsgesetz verabschiedete, mit dem er sich am 9. Juni praktisch selbst auflöste, mit 48 Stimmen der NSDAP, des Zentrums und der DNVP gegen fünf Stimmen der SPD-Abgeordneten, die sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Schutzhaft befanden. Am 22. Juni wurde die SPD schließlich verboten, und die anderen Parteien lösten sich selbst auf. Damit war die landespolitische Monopolstellung der NSDAP in Baden besiegelt.

(SCHWINDT, Katharina, Politische Gleichschaltung in Baden und Karlsruhe, in: Engehausen, Frank / Bräunche, Ernst Otto (Hg.), 1933 – Karlsruhe und der Beginn des Dritten Reiches, Leinfelden-Echterdingen 2008, S. 23-36, hier S. 26-30.)

Geplantes Tafelbild zur Ergebnissicherung:

